



An den Grossen Rat

23.5107.02

BVD/P235107

Basel, 5. April 2023

Regierungsratsbeschluss vom 4. April 2023

Interpellation Nr. 28 Annina von Falkenstein betreffend «FHNW-Studierende zahlen extra, da Brugg und Olten nicht im U-ABO Geltungsbereich liegen»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 15. März 2023)

«Die neun Hochschulen der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) liegen in deren vier Trägerschaftskantonen. Bei der Gründung der FHNW waren die Schaffung von Synergien sowie die Förderung der Mobilität der Studierenden Teil der verfolgten Ziele. Die FHNW wirbt auf Regionalzügen oder S-Bahnen mit ihrem Logo und thematisiert so regelmässig die mit einem Studium an der FHNW einhergehende reale Mobilität.

Viele Studierende der FHNW nehmen tatsächlich an Vorlesungen und Seminaren an verschiedenen FHNW Hochschulen teil. Dabei fällt auf, dass der tatsächlichen Mobilität bei den Tarifen des öffentlichen Verkehrs für Studierende der FHNW keine Rechnung getragen wird: das Umweltabonnement des Tarifverbunds Nordwestschweiz deckt die Fahrt bis Tecknau (auf dem Weg nach Olten), respektive bis Frick (auf dem Weg nach Brugg). Von diesen beiden Bahnhöfen aus muss von den Studierenden jeweils ein separates Billett, oder Streckenabonnement gelöst werden. Dies generiert für die Betroffenen weitere Transportkosten in erheblicher Höhe.

Die Zahl der Studierenden aus den beiden Basel, die in Hochschulen der FHNW ausserhalb des eigenen Kantonsgebiets studieren, oder dort zumindest einen Teil ihres Studiums absolvieren, ist gross. Gleiches dürfte für Studierende aus Solothurn oder dem Aargau gelten, die eine Hochschule ausserhalb ihres Tarifgebiets besuchen. Eine Lösung, um die zusätzlichen Transportkosten, die ausserhalb des Geltungsbereichs des Umweltabonnements anfallen, zu senken oder sie anders, zugunsten der Studierenden, zu regeln, wäre begrüssenswert.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erkennt der Regierungsrat, dass durch die geltende Regelung für betroffene Studierende erhebliche Kosten anfallen, denen sie aufgrund der Lokalität der Hochschulen nicht ausweichen können?
2. Ist der Regierungsrat gewillt, mit den involvierten Parteien und den zuständigen Transportunternehmen bzw. deren Tarifverbänden und der SBB eine Lösung zu finden, die zu geringeren Kosten für die Studierenden führt?
3. Über welchen Weg und welche Gremien kann der Regierungsrat diese ungünstige Ausgangslage mit den involvierten Parteien thematisieren?
4. Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, um die aktuelle Situation zugunsten der Studierenden zu lösen?

Annina von Falkenstein»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Erkennt der Regierungsrat, dass durch die geltende Regelung für betroffene Studierende erhebliche Kosten anfallen, denen sie aufgrund der Lokalität der Hochschulen nicht ausweichen können?*

Dem Regierungsrat ist die aktuelle Situation bekannt und er hat Verständnis für das Anliegen der Interpellantin. Der Preis für ein subventioniertes U-Abo Jugend, das in der ganzen Nordwestschweiz gültig ist, beläuft sich auf 53 Franken. Er ist wesentlich tiefer als in fast allen anderen Tarifverbänden für ein vergleichbares Angebot. Der Kostensprung beim Überschreiten der Verbundgrenze fällt folglich umso grösser aus. Für ein Abonnement nach Olten oder Brugg muss mit Kosten von 200 Franken oder mehr gerechnet werden. In vielen Fällen lohnt sich da bereits der Kauf eines Generalabonnements.

Verbundübergreifende Abonnemente sind ein bekanntes Thema und in der Branche wird schon länger nach schweizweiten Lösungen gesucht. So auch in der Nordwestschweiz, wo eine Ausweitung des Tarifverbundgebietes bis Brugg und Olten bereits fachlich wie politisch geprüft wurde, ohne jedoch eine für alle Parteien tragfähige Lösung zu finden.

2. *Ist der Regierungsrat gewillt, mit den involvierten Parteien und den zuständigen Transportunternehmen bzw. deren Tarifverbänden und der SBB eine Lösung zu finden, die zu geringeren Kosten für die Studierenden führt?*

Der Regierungsrat ist durchaus gewillt, erneut eine kundenfreundliche und insbesondere für Studierende finanziell verkraftbare Lösung aktiv zu unterstützen. Das Tarifwesen im öffentlichen Verkehr obliegt allerdings von Gesetzes wegen den Transportunternehmen. Die Möglichkeiten der Einflussnahme durch den Regierungsrat sind daher beschränkt.

Zurzeit prüft der TNW Varianten für eine Erweiterung nach Brugg und Olten. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel die Einführung eines Modells mit Anschlusszonen. Dies stellt auch aus Sicht des Regierungsrats kurzfristig eine zielführende Variante dar. Bei dem Modell mit Anschlusszonen könnte das TNW-Abonnement mit Zonen angrenzender Tarifverbände ergänzt werden.

Aktuell steht die FHNW in direktem Kontakt zum TNW. Auch mit der SBB ist die FHNW u.a. bezüglich einem erweiterten Tarifsortiment im Austausch.

3. *Über welchen Weg und welche Gremien kann der Regierungsrat diese ungünstige Ausgangslage mit den involvierten Parteien thematisieren?*

Der TNW ist als Verein organisiert, in dem auch der Kanton Basel-Stadt vertreten ist. Das Problem ist erkannt und der Kanton unterstützt explizit das Vorhaben des TNW, verbesserte ÖV-Tarife in Richtung Brugg und Olten zu schaffen.

4. *Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, um die aktuelle Situation zugunsten der Studierenden zu lösen?*

Falls keine Preissenkungen erreicht werden können, wäre es grundsätzlich auch möglich, mit Mitteln der öffentlichen Hand ein entsprechendes Angebot zusätzlich zu subventionieren. Dies führt aber im ÖV-Tarifgefüge in mehrfacher Hinsicht zu einer Ungleichbehandlung, weshalb der Regierungsrat davon absieht. Aus Sicht des Regierungsrats muss eine Lösung allen am Tarifverbund beteiligten Kantonen und Gemeinden zugutekommen und entsprechend auch von allen gleichermaßen finanziell getragen werden.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

A stylized handwritten signature consisting of a large 'B' followed by a vertical line and a horizontal line.

Beat Jans
Regierungspräsident

A handwritten signature in cursive script that reads 'B. Schüpbach-Guggenbühl'.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin